A 22127 C

Bibliothek
des
Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung
2. Ex.

Zur Wirtschaftslage
Westliche Industrieländer: Zögernde wirtschaftspolitische Umorientierung bei rasch steigender Arbeitslosigkeit . . 413
Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der konjunkturellen Abschwächung 418

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 39/80

Berlin | 25. September 1980 | 47. Jahrgang

Zur Wirtschaftslage

Westliche Industrieländer: Zögernde wirtschaftspolitische Umorientierung bei rasch steigender Arbeitslosigkeit

Das konjunkturelle Bild in den westlichen Industrieländern wird gegenwärtig durch eine Vielzahl unterschiedlicher Faktoren geprägt. Offensichtlich ist, daß die konjunkturelle Entwicklung in vielen Ländern spätestens jetzt an einer Wende angelangt ist, während sie sich in einigen Volkswirtschaften bereits vorher zusehends verschlechterte. So geht die Produktion in Großbritannien bereits seit Mitte vergangenen Jahres und in den USA seit Anfang dieses Jahres zurück. Selbst in Japan und Italien, wo sich die Konjunktur bis zum Frühjahr dieses Jahres relativ gut gehalten hat, signalisieren die letzten Produktionsergebnisse den Beginn einer Abschwächung. Hohe Preissteigerungsraten und die Verschlechterung der Handels- und Leistungsbilanzen vor allem infolge der seit Frühjahr 1979 kräftig erhöhten Erdölpreise lassen viele Länder trotz Konjunkturabschwächung und rasch steigender Arbeitslosigkeit an einer restriktiven Geldpolitik festhalten. Dennoch wäre es wohl verfehlt, diese Entwicklung als die Einleitung zu einer Neuauflage der weltweiten Rezession nach 1973 zu deuten.

Zwar ergeben sich bei einer Gegenüberstellung wichtiger Merkmale der Entwicklung von 1974/75 und heute bestimmte Parallelen: In beiden Fällen wurde die Situation durch eine Reihe rasch aufeinanderfolgender, insgesamt außerordentlich kräftiger Ölpreiserhöhungen geprägt, in deren Gefolge die Geld- und Fiskalpolitik zunächst zunehmend restriktiv ausgerichtet wurden. Verluste an wirtschaftlichem Wachstum in den untersuchten Industrieländern bewegen sich 1974 und 1980 in der Größenordnung mehrerer Prozentpunkte, wobei der Einfluß der Ölpreiserhöhung nach Berechnungen der OECD jeweils etwa 2 Prozentpunkte ausmacht.

Eine gründlichere Analyse zeigt indes, daß den auf den ersten Blick bestehenden Ähnlichkeiten in der konjunkturellen Konstellation ebenso deutliche Unterschiede gegenüberstehen, aus denen sich für die Beurteilung der weiteren konjunkturellen Entwicklung sowohl negative als auch positive Aspekte ergeben. So ist, anders als 1974, ein herausragendes Symptom der meisten westlichen Volkswirtschaften die schon zu Beginn der jetzigen Konjunkturabschwächung vorhandene hohe Zahl der Arbeitslosen. Sie lag in den hier untersuchten Ländern zu Beginn der siebziger Jahre noch bei 8 bis 9 Millionen und erhöhte sich während der Rezession 1974/75 sprunghaft auf über 14 Millionen. Wenngleich die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre in den einzelnen Ländern unterschiedlich verlief, blieb das hohe Niveau der Arbeitslosigkeit insgesamt bestehen. Nur vorübergehend ging die Arbeitslosigkeit in wenigen Ländern zurück. Zu diesen Ländern zählen die USA und die Bundesrepublik Deutschland, die heute unter den größeren europäischen Ländern — wenn auch z. T. infolge eines deutlichen Abbaus der Zahl

Entwicklung der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern

Länder	1970	1975	1976	1977	1978	1979[1]	1980[2]
	Zahl der Arbeitslosen - Jahresdurchschnitte, in 1000 -						
Bundesrepublik Deutschland	149	1 074	1 060	1 030	993	876	900
Frankreich	510	902	933	1 073	1 167	1 350	1 430
Großbritannien	555	866	1 332	1 450	1 446	1 344	1 750
Italien	1 111	1 230	1 426	1 545[3]	1 571	1 698	1 680
Niederlande	56	195	211	207[3]	206	210	220
Belgien	69	177	229[3]	264	282	294	310
Dänemark	17	121	126[3]	164	190	159	175
Irland	65	90	108	106	99	90	95
EG	2 532	4 655	5 425	5 839	5 954	6 021	6 560
Schweden	59	67	66	75	94	88	82
Schweiz	0	10	21	12	11	10	8
Österreich	42	52	55	51	59	57	60
Norwegen	12	40	32	27	34	38	30
USA	4 088	7 830	7 288	6 856	6 047	5 963	7 550
Kanada	476	690	727	850	911	838	950
Japan	590	1 000	1 080	1 100	1 240	1 170	1 160
Insgesamt	7 799	14 344	14 694	14 810	14 350	14 185	16 400
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr - in vH -						
Bundesrepublik Deutschland	-16,8	84,5	- 1,3	- 2,9	- 3,6	-11,8	2,7
Frankreich	6,9	46,7	3,4	15,0	8,8	15,7	5,9
Großbritannien	7,6	59,8	53,1	8,9	- 0,3	- 7,1	30,2
Italien	- 4,2	10,5	15,9	8,3[3]	1,7	8,1	- 1,1
Niederlande	-15,2	36,4	8,2	- 1,9[3]	- 0,5	1,9	4,8
Belgien	-21,6	68,6	36,3[3]	15,3	6,8	4,3	5,4
Dänemark	-34,6	37,5	4,1[3]	30,2	15,9	-16,3	10,1
Irland	16,1	40,6	20,0	- 1,9	- 6,6	- 9,1	5,6
EG	- 1,4	43,1	16,5	7,6	2,0	1,1	9,0
Schweden	-19,2	-16,3	- 1,5	13,6	25,3	- 6,4	- 6,8
Schweiz	0	0	110,0	-42,9	- 8,3	- 9,1	-20,0
Österreich	-31,1	26,8	5,8	- 7,3	15,7	- 3,4	5,3
Norwegen	-25,0	60,0	-20,0	-15,6	25,9	11,8	-21,1
USA	44,4	54,3	- 6,9	- 5,9	-11,8	- 1,4	26,6
Kanada	31,5	34,2	5,4	16,9	7,2	- 8,0	13,4
Japan	3,5	37,0	8,0	1,9	12,7	- 5,6	- 0,9
Insgesamt	20,3	47,6	2,4	0,8	- 3,1	- 1,1	15,6
	Arbeitslosenquoten[4]						
Bundesrepublik Deutschland	0,6	4,1	4,1	4,0	3,8	3,3	3,4
Frankreich	2,4	4,1	4,4	4,9	5,2	5,9	6,2
Großbritannien	2,2	3,4	5,1	5,5	5,5	5,1	6,5
Italien	5,4	5,8	6,6	7,1	7,2	7,6	7,5
Niederlande	1,2	4,0	4,3	4,1	4,1	4,1	4,3
Belgien	1,8	4,4	5,7	6,5	6,9	7,2	7,5
Dänemark	0,7	4,9	4,2	5,1	5,2	4,3	4,5
Irland	5,8	7,9	9,5	9,4	8,7	7,9	8,2
EG	2,4	4,3	5,0	5,3	5,4	5,4	5,9
Schweden	1,5	1,6	1,6	1,8	2,2	2,1	1,9
Schweiz	-	0,3	0,7	0,4	0,4	0,5	0,3
Österreich	1,4	1,7	1,8	1,6	2,1	2,0	2,1
Norwegen	0,8	2,3	1,8	1,5	1,8	2,0	1,6
USA	4,8	8,3	7,5	6,9	5,9	5,7	7,0
Kanada	5,6	6,9	7,1	8,1	8,4	7,5	8,3
Japan	1,1	1,9	2,0	2,0	2,2	2,1	2,0
Insgesamt	3,0	5,2	5,2	5,2	4,9	4,8	5,5

1) Z.T. geschätzt.- 2) Geschätzt.- 3) Wegen Umstellung der statistischen Basis nicht voll mit dem Vorjahr vergleichbar.- 4) Arbeitslose, bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen.

Quellen: OECD,Labour Force Statistics 1967-1978; OECD, Main economic indicators; Nationalstatistiken sowie Schätzungen des DIW.

Entwicklung des Bruttosozialprodukts der westlichen Industrieländer

LAENDER	GEWICHTE 1978 IN VH [1]		VERAENDERUNGEN GEGENUEBER DEM VORJAHR IN VH								
			1978			1979 [2]			1980 [3]		
	BSP	AUSFUHR DER BRD	REAL	NOMINAL	PREISE [4]	REAL	NOMINAL	PREISE [4]	REAL	NOMINAL	PREISE [4]
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	11,5	-	3,6	7,7	4,0	4,5	8,5	3,8	2,5	7	4,5
FRANKREICH	8,5	17,8	3,3	13,5	9,9	3,1	13,2	9,8	2	13	11
GROSSBRITANNIEN	5,6	8,6	3,5	14,5	10,6	0,9	15,4	14,4	-2	13,5	16
ITALIEN	4,7	9,9	2,6	17,0	14,0	5,0	20,9	15,1	2,5	21	18
NIEDERLANDE	2,4	14,4	2,5	7,8	5,2	2,2	6,2	3,9	0,5	6,5	6
BELGIEN	1,8	12,1	2,5	7,2	4,6	3,0	7,5	4,5	1,5	7,5	6
DAENEMARK	1,0	3,2	1,3	10,9	9,5	3,5	10,9	7,1	-0,5	8,5	9
IRLAND	0,2	0,5	6,3	17,0	10,1	3,5	15,5	11,5	0,5	16,5	16
EG	35,7	-	3,2	11,5	8,1	3,4	12,2	8,6	1,5	11,5	10
SCHWEDEN	1,6	3,9	2,4	12,0	9,4	3,8	10,7	6,6	2,5	15	12
SCHWEIZ	1,6	7,4	0,2	3,4	3,2	0,5	3,0	2,5	1,5	5	3,5
OESTERREICH	1,0	7,4	1,0	5,7	4,7	5,1	9,3	4,0	2,5	7	4,5
NORWEGEN	0,7	1,6	3,0	10,5	7,3	3,7	10,0	6,1	3,5	16,5	12,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER	40,6	-	3,0	11,0	7,8	3,4	11,7	8,1	1,5	11	9,5
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD	29,1	-	2,8	12,4	9,3	2,9	13,0	9,8	1	13	12
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER O.BRD [5]	-	86,8	2,4	10,4	7,8	2,9	10,9	7,7	1,5	11	9,5
USA	38,3	10,3	4,4	12,0	7,3	2,3	11,3	8,8	-2	10	8
KANADA	3,6	1,1	3,4	10,0	6,4	2,7	13,3	10,3	0,5	10,5	10
JAPAN	17,5	1,8	6,0	10,1	3,9	6,0	8,1	2,0	4,5	9,5	5
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER	59,4	-	4,8	11,3	6,2	3,4	10,5	6,9	0	10	7
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER [5]	-	13,2	4,5	11,6	6,8	2,8	11,0	8,0	-1	10	8
INSGESAMT	100,0	-	4,1	11,2	6,9	3,4	11,0	7,4	0,5	10,5	8
INSGESAMT OHNE BRD	88,5	-	4,1	11,7	7,3	3,2	11,3	7,8	0,5	11	8,5
INSGESAMT OHNE BRD [5]	-	100,0	2,7	10,6	7,7	2,9	10,9	7,8	1	11	9,5

1) AUF DOLLARBASIS.- 2) Z.T. GESCHAETZT.- 3) GESCHAETZT.- 4) DEFLATIONIERUNGSFAKTOR.- 5) GEWICHTET NACH DEN ANTEILEN DER LAENDER AN DER DEUTSCHEN WARENAUSFUHR.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW.

der ausländischen Arbeitnehmer — als einziges Land weniger Arbeitslose aufweist als 1975. Indes nahm zuletzt auch in diesen Ländern die Zahl der Arbeitslosen wieder zu. Insgesamt liegt die Arbeitslosenzahl in den westlichen Industrieländern schon heute um etwa 2 Millionen höher als im Rezessionsjahr 1975.

Neben dieser negativ zu beurteilenden Entwicklung lassen sich allerdings auch einige vergleichsweise positive Einflüsse erkennen. Die Abschwächung der Investitionstätigkeit trägt heute weniger zur Rezession bei als 1974/75. Dies ist mit eine Folge der nach den letztjährigen Ölpreiserhöhungen eher als moderat zu bezeichnenden Lohnpolitik. Sie hat bewirkt, daß sich die Ertragslage der Unternehmen weniger verschlechterte als nach dem ersten Ölschock, in deren Gefolge die Gewerkschaften in den meisten Ländern versuchten, die Einkommensverluste durch entsprechend höhere Lohnabschlüsse zu kompensieren. Hinzu kommt, daß für die Unternehmen energiesparende Investitionen in den letzten Jahren zu einem der wichtigsten Investitionsmotive wurden.

Schließlich dürften auch die nationalen Konjunkturen diesmal nicht synchron verlaufen. Dem Boom 1971/73 in allen wichtigen Industrieländern folgte 1974 eine Rezession. Diesmal ist schon die Ausgangslage in den großen Industrieländern unterschiedlich. So kam es bereits 1979 zu einer deutlichen Abschwächung der Wirtschaftstätigkeit in den USA und in Großbritannien, während die Konjunktur in Japan, der Bundesrepublik Deutschland und Italien noch günstig verlief. Inzwischen scheinen die USA den Tiefpunkt ihrer Rezession erreicht zu haben, so daß der für 1981 zu erwartende Konjunkturaufschwung die wirtschaftliche Entwicklung der anderen Industrieländer wieder stützen könnte.

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
Reale Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

	PRIVATER VERBRAUCH			OEFFENTLICHER VERBRAUCH			BRUTTOANLAGE-INVESTITIONEN			EXPORTE VON GUETERN UND DIENSTEN			IMPORTE VON GUETERN UND DIENSTEN		
		1)	2)		1)	2)		1)	2)		1)	2)		1)	2)
LAENDER	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980	1978	1979	1980
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	3,8	3,2	2	4,2	2,9	2	5,8	8,7	6	4,1	5,4	5	5,2	11,2	5
FRANKREICH	4,0	3,3	2	3,7	2,9	2,5	0,7	1,4	2	7,1	5,3	3	5,5	6,0	2
GROSSBRITANNIEN	6,0	4,0	0	2,0	1,8	-1,5	1,9	-1,9	-5,5	2,2	1,9	3,5	3,6	10,8	0,5
ITALIEN	2,9	5,1	3	1,8	2,7	2,5	-0,1	4,5	3	10,1	8,9	4	8,1	14,0	5
NIEDERLANDE	3,9	2,2	0,5	3,6	2,9	0	3,9	0	0	3,1	7,7	1,5	6,4	5,8	-1,5
BELGIEN	2,4	3,0	1,5	6,4	3,5	1,5	1,9	3,0	2	3,9	6	3,5	4,1	6,5	3
DAENEMARK	-0,7	3,0	-3	5,5	5,4	5	1,0	-3,0	-9	3,7	9,3	4	1,6	6,0	-2
IRLAND	8,8	3,5	0	4,3	2,5	1	17,3	6,0	0	12,7	6	4	15,2	7,0	0
EG 3)	3,9	3,5	1,5	3,6	2,8	1,5	2,9	3,7	2	4,9	5,6	3,5	5,4	9,3	2,5
EG OHNE BRD 3)	4,0	3,7	1,5	3,2	2,8	1	1,5	1,1	0	5,3	5,8	3	5,5	8,5	1,5
SCHWEDEN	-0,7	2,3	0	3,1	3,9	3	-6,0	5,4	4,5	7,6	7,3	2	-6,4	12,8	3,5
SCHWEIZ	2,2	1,5	1,5	1,6	1,0	1	4,4	6,0	4,5	4,1	3	2	11,2	6,0	3,5
OESTERREICH	-2,2	4,7	2,5	3,5	3,0	2,5	-4,7	4,2	3,5	6,1	9,1	5,5	-1,4	11,1	5
NORWEGEN	-3,8	0,5	1,5	4,4	2,4	2	-13,4	-9,0	6	8,7	5,9	2	-13,5	1,0	2
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 3)	3,4	3,4	1,5	3,5	2,8	1,5	2,0	3,5	2,5	5,1	5,7	3,5	4,5	9,1	2,5
EUROP.INDU-STRIELAENDER O.BRD 3)	3,3	3,5	1,5	3,2	2,8	1,5	0,4	1,3	0,5	5,5	5,8	3	4,3	8,4	2
USA	4,5	2,6	-2	0,8	0,8	0,5	7,5	1,9	-6	10,7	10,1	3,5	11,0	4,5	-1
KANADA	3,0	1,9	2	0,9	-1,0	0	0,2	4,3	3	9,9	2,6	2	4,4	5,9	3
JAPAN	5,5	5,9	4	5,9	4,6	3,5	10,0	8,8	4,5	1,9	6,6	3	8,2	10,5	4
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER 3)	4,7	3,5	0	1,7	1,3	1	8,1	4,9	-1	7,9	7,9	3	9,2	6,3	1
INSGESAMT 3)	4,2	3,4	0,5	2,5	2,0	1,5	5,6	4,3	0	6,1	6,5	3,5	6,3	8,0	2
INSGESAMT OHNE BRD 3)	4,2	3,5	0,5	2,2	1,8	1	5,6	3,8	-0,5	6,6	6,7	3	6,4	7,5	1,5

1)Z.T.GESCHAETZT.- 2)GESCHAETZT.- 3)GEWICHTE 1978 AUF DOLLARBASIS.

QUELLEN: NATIONALSTATISTIKEN SOWIE SCHAETZUNGEN OFFIZIELLER UND PRIVATER INSTITUTIONEN UND DES DIW.

Obwohl sich die Überschüsse der OPEC-Länder wiederum kräftig erhöhten, wirkt sich im Vergleich zu 1974/75 günstig aus, daß innerhalb der Gruppe der Industrieländer weniger gravierende Zahlungsbilanzprobleme bestehen als damals. Insbesondere die wirtschaftlich und währungspolitisch chronisch schwächeren Länder befinden sich in einer relativ besseren Position; die wirtschaftlich stärkeren Länder, Japan und die Bundesrepublik Deutschland, haben diesmal keine Leistungsbilanzüberschüsse, sondern erhebliche Defizite aufzuweisen.

Auf die im Vergleich zu 1974/75 deutlich höhere Arbeitslosigkeit reagiert die Wirtschaftspolitik wegen der günstigeren Konjunkturerwartungen und des immer noch starken Preisauftriebs nur sehr zurückhaltend. Zwar haben die wirtschaftspolitischen Instanzen aus den Erfahrungen von 1974/75 gelernt, insbesondere das geldpolitische Instrumentarium behutsamer einzusetzen. Die Verstetigungsstrategie, die in vielen Ländern seit Mitte der siebziger Jahre an Boden gewonnen hat, bewirkt nunmehr aber auch, daß man von einem einmal eingeschlagenen restriktiven Kurs nur zögernd wieder abzugehen bereit ist. Dies gilt auch für die Finanzpolitik der meisten Länder.

Um dennoch ein zu schnelles Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern und Erleichterung für bestimmte Gruppen von Arbeitslosen zu schaffen, haben einige Industrieländer in jüngster Zeit kurz- oder mittelfristig angelegte Stützungsmaßnahmen eingeleitet.

So hat die Regierung der *USA* dem Kongreß ein Wirtschaftsprogramm vorgelegt, das Steuersenkungen und erhöhte Staatsausgaben vorsieht. Das Programm soll einerseits kurzfristig dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit zu senken, indem man versucht, den Tiefpunkt der Rezession rascher zu überwinden. Es soll andererseits als „Wirtschaftsprogramm für die achtziger Jahre" langfristig Produktivität, Investitionen und Wachstum stimulieren. Während mit Steuersenkungen vor allem Investitionen begünstigt werden, sind für die Arbeitslosen Anpassungshilfen sowie eine Verlängerung der Arbeitslosenunter-

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in vH

LAENDER	BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN			BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT			STUECKGEWINN 1)			LOHNSTUECKKOSTEN 2)			LOHNSTUECKKOSTEN 2)		
	IN LANDESWAEHRUNG												IN SZR		
	1978	3) 1979	4) 1980	1978	3) 1979	4) 1980	1978	3) 1979	4) 1980	1978	3) 1979	4) 1980	1978	3) 1979	4) 1980
BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND	10,3	10,3	5,5	6,7	7,3	7,5	6,8	5,4	3	3,3	2,6	5	11,3	8,5	6
FRANKREICH	14,2	16,0	13	12,7	12,5	13	10,6	12,5	11	9,1	9,0	11	10,7	11,5	11,5
GROSSBRITANNIEN	12,9	0,6	-3	13,6	16,6	20	9,1	-0,3	-1	9,8	15,6	22,5	12,6	23,5	31,5
ITALIEN	20,0	29,5	23	17,0	19,5	20	17,0	23,3	20	14,0	13,8	17	10,5	12,5	13,5
NIEDERLANDE	4,6	3,3	6,5	7,9	7,2	6,5	2,0	1,1	6	5,3	4,9	6	11,4	9,0	6,5
BELGIEN	6,5	7,5	7,5	7,3	7,5	7,5	3,9	4,5	6	4,7	4,5	6	11,4	8,0	6,5
DAENEMARK	9,3	4,7	7,5	9,5	11,0	9	7,9	1,2	8	8,1	7,2	9,5	9,7	9,0	1,5
IRLAND	23,0	16,5	16,5	17,2	13,5	15	15,7	12,5	16	10,3	9,5	14,5	13,1	13,0	14,5
EG 5)	12,6	12,9	9,5	10,8	11,8	12,5	8,3	7,1	6,5	7,3	7,9	11	11,3	12,2	12,5
SCHWEDEN	42,1	38,8	18	10,9	9,7	14	38,8	33,7	15	8,4	5,7	11	0,2	8,0	11,5
SCHWEIZ	0,4	3,0	4,5	4,7	3,0	6,5	0,2	2,5	4,5	4,5	2,5	3	30,9	6,5	1,5
OESTERREICH	-1,9	22,6	7	8,8	6,5	7	-2,9	16,7	4,5	7,7	1,3	4,5	14,3	6,0	7,5
NORWEGEN	24,8	34,6	27	9,3	4,9	13	21,2	29,8	22,5	6,1	1,2	9	0,4	1,5	11
EUROPAEISCHE INDUSTRIELAENDER 5)	12,3	13,3	9,5	10,5	11,1	12	9,2	8,8	7	7,1	7,2	10,5	11,6	11,2	11,5
USA	13,8	11,1	8	12,8	11,9	8	9,0	8,4	10	8,0	9,2	10	0,7	5,5	9,5
KANADA	15,7	24,8	10,5	9,0	11,1	10,5	11,9	21,5	10	5,4	8,2	10	-8,4	2,0	9,5
JAPAN	14,1	10,0	9	7,4	8,5	9	7,6	4,0	4,5	1,3	2,5	4,5	20,5	-4,0	-2
AUSSEREUROP. INDUSTRIELAENDER 5)	14,0	11,5	8,5	11,1	10,9	8,5	9,1	9,1	9	6,6	8,0	9	3,0	3,5	7,5
INSGESAMT 5)	13,3	12,2	9	10,9	11,0	10	9,1	9,0	8	6,9	7,6	9,5	7,5	7,6	9,5

1)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNTERNEHMERTAETIGKEIT UND VERMOEGEN JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.- 2)BRUTTOEINKOMMEN AUS UNSELBSTAENDIGER ARBEIT JE EINHEIT DES REALEN BRUTTOSOZIALPRODUKTS.-3)Z.T.GESCHAETZT.- 4)GESCHAETZT.- 5)GEWICHTET MIT 1978ER ANTEILEN. FUER 1) UND 2): GEWICHTET NACH WELTEXPORTANTEILEN, WIE SIE - MIT AUSNAHME DER USA - DER BERECHNUNG DER SZR ZUGRUNDELIEGEN.

QUELLEN:SAEG,VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN; NATIONALSTATISTIKEN UND SCHAETZUNGEN DES DIW.

stützung um 13 Wochen vorgesehen. Das Stimulierungsprogramm ist allerdings, gemessen an früheren Programmen dieser Art, nicht besonders umfangreich.

Während das amerikanische Wirtschaftsprogramm erst 1981 voll wirksam werden kann, sind in *Frankreich* bereits Maßnahmen zur Konjunkturanregung in Kraft getreten. Zusätzliche Hilfen für kinderreiche Familien und Niedrigrentenbezieher sowie eine bereits angekündigte Erhöhung des Mindestlohnes zum Jahresende werden die private Nachfrage stützen. Günstige Kredite werden für den Wohnungsbau, die Exportwirtschaft sowie für Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze gewährt. Die konjunkturpolitische Tragweite dieser Maßnahmen ist aber auch in Frankreich nur gering.

Im Gegensatz zu Frankreich hat es die Regierung in *Großbritannien* bisher trotz scharfer Rezession abgelehnt, Stimulierungsmaßnahmen zu ergreifen[1]. Die Regierung dürfte ihr Geldmengenziel demnächst allerdings etwas großzügiger setzen. Die anderen großen westlichen Industrieländer — vor allem Japan, Italien und die Bundesrepublik Deutschland — haben bisher keine zusätzlichen Maßnahmen zur Konjunkturbelebung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ergriffen. Lediglich die Geldpolitik wurde etwas weniger restriktiv ausgerichtet. In *Italien* wurden zunächst Maßnahmen ergriffen, die das hohe Staatsdefizit und den privaten Verbrauch verringern sollten. Andererseits versuchte man durch Kostenentlastung der Unternehmen, z. B. durch Übernahme eines beträchtlichen Teiles der Sozialabgaben, einer Abschwächung der gewerblichen Investitionstätigkeit entgegenzuwirken. Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit nimmt in letzter Zeit aber der Druck zu, weitere konjunkturstützende Maßnahmen zu ergreifen.

Mit Ausnahme der — zunächst erst geplanten — Maßnahmen in den USA sind bisher in keinem der

[1] Vgl. Wirtschaftspolitische Neuorientierung hat die Wirtschaftslage in Großbritannien verschlechtert. Bearb.: Manfred Teschner. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 32/1980, S. 339 ff.

großen Industrieländer umfangreiche wirtschaftspolitische Stimulierungsmaßnahmen in die Wege geleitet worden. Anders als 1975 hat es auch auf EG-Ebene bisher kein koordiniertes Konjunkturprogramm gegeben. Wegen der stets vorhandenen Wirkungsverzögerungen der Geld- und Finanzpolitik kann man davon ausgehen, daß Maßnahmen, die in den nächsten Monaten neu konzipiert und eingeleitet würden, die Entwicklung im Jahr 1981 erst relativ spät beeinflussen.

Nimmt man die skizzierte konjunkturelle Ausgangsbasis mit hoher Inflation und Arbeitslosigkeit, die sich hieraus ergebenden Restriktionen für die konjunkturpolitische Aktionsbereitschaft sowie die endogenen Entwicklungen in den einzelnen Ländern, so zeichnet sich mittelfristig zwar keine anhaltend schwere Rezession, jedoch ein allenfalls als sehr mäßig zu bezeichnendes Wirtschaftswachstum ab. Unter diesen Bedingungen wird aber die Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren in vielen Industrieländern weiter steigen.

Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der konjunkturellen Abschwächung

In der Bundesrepublik Deutschland weist die Entwicklung der Nachfrage noch immer abwärts. Der reale Auftragseingang beim verarbeitenden Gewerbe ist nun schon seit einigen Monaten niedriger als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Dies gilt auch für die neuesten und vorläufigen Daten für den Monat Juli. Sie bedeuten — saison- und arbeitstäglich bereinigt —[1] das niedrigste Bestellniveau dieses Jahres. Auch wenn man einräumt, daß konjunkturelle Verlaufsanalysen in den Sommermonaten wegen der wechselnden Ferientermine in den einzelnen Bundesländern besonders unsicher sind, müssen diese Daten als Bestätigung der seit dem Frühjahr zu beobachtenden Tendenzen gewertet werden: Die Abschwungskräfte behalten zunächst noch die Oberhand. Zurückzuführen ist dies vor allem auf die um sich greifende konjunkturelle Schwäche in den westlichen Industrieländern, die wachsenden Leistungsbilanzprobleme in diesen Ländern, das Stagnieren der realen Kaufkraft der privaten Haushalte in der Bundesrepublik infolge des Kaufkraftentzugs durch die Ölverteuerung und die auf Inflationsbekämpfung bzw. Konsolidierung ausgerichtete Geld- und Finanzpolitik.

Der starke negative Einfluß der Auslandskonjunktur auf die Bestellungen beim verarbeitenden Gewerbe ist besonders deutlich sichtbar im Bereich der Grundstoff- und Produktionsgüter. Von Jahresbeginn bis Juli sind hier die Auslandsbestellungen um über 10 vH gesunken. Beim Investitionsgütergewerbe wie auch beim Verbrauchsgütergewerbe ist die Schwäche der Auslandsnachfrage weit weniger spürbar.

Die Inlandsnachfrage beim verarbeitenden Gewerbe war bis zuletzt ebenfalls schwach, sie war real um etwa 5 vH niedriger als zu Jahresbeginn. Auch hier schnitt das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe vergleichsweise am ungünstigsten ab. Es zeigt sich daran, daß die lagerzyklischen Dispositionen der Unternehmen international gleichgerichtet sind. Sie tragen erheblich zum konjunkturellen Abschwung bei.

Eine gewisse Stabilisierung auf dem gesunkenen Niveau war zuletzt bei der Inlandsnachfrage im Investitionsgütergewerbe zu beobachten. In ihr dürften sich vornehmlich strukturelle Verlagerungen widerspiegeln: Die Nachfrage nach Erzeugnissen des Straßenfahrzeugbaus, deren Rückgang schon 1979 eingesetzt hatte, hatte in den letzten Monaten wieder steigende Tendenz. Bei der Elektrotechnik hat sich der Rückgang dagegen verschärft. Relativ günstig geblieben ist die Inlandsnachfrage nach Erzeugnissen des Maschinenbaus.

Entsprechend den Verzögerungen, mit denen die Produktion auf Nachfrageveränderungen reagiert, war hier der Abwärtstrend bisher weniger ausgeprägt. Bereinigt von Saison- und Kalendereinflüssen war die Produktion im verarbeitenden Gewerbe in den Monaten Mai bis Juli um rund 2 vH niedriger als in den drei Monaten davor. Wie beim Auftragseingang waren die Einschränkungen der Produktion im Grundstoffbereich besonders einschneidend. Weit ausgeprägter als beim verarbeitenden Gewerbe war die nachfragebedingte Produktionseinschränkung im Baugewerbe. Gegenüber der entsprechenden Vorjahreszeit hat sie sich in den Monaten Mai/Juli um 6 vH vermindert.

Die retardierenden Einflüsse, die derzeit vom produzierenden Gewerbe auf die Gesamtwirtschaft ausgehen, können auch durch eine positive Entwicklung in den übrigen Sektoren nicht kompensiert werden. Neben dem noch anhaltend expandierenden Dienstleistungsbereich scheint zwar die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zuletzt auch durch eine verbesserte Absatzlage im Einzelhandel gestützt worden zu sein. Dennoch wird das reale Sozialprodukt im dritten Quartal dieses Jahres — arbeitstäglich und saisonbereinigt — niedriger sein als im zweiten Vierteljahr.

---

[1] Saisonbereinigung des Statistischen Bundesamtes.

Die Zahl der Beschäftigten hat zur Jahresmitte ihren Höhepunkt überschritten. Nachdem die Beschäftigung im Bauhauptgewerbe schon seit dem Frühjahr eingeschränkt worden war, hat diese negative Tendenz nun auch auf das verarbeitende Gewerbe übergegriffen. War seit etwa Jahresbeginn die noch zu beobachtende Zunahme der Beschäftigtenzahl schon zu gering gewesen, um einen Anstieg der Arbeitslosigkeit zu verhindern — die aus demografischen Gründen steigende Zahl der Erwerbspersonen konnte nicht mehr in den Produktionsprozeß eingegliedert werden —, so ist nun bei leicht sinkender Beschäftigtenzahl mit einer Beschleunigung zu rechnen. Die letzten statistischen Daten zeigen dies allerdings noch nicht: Im August hat die Arbeitslosigkeit — saisonbereinigt — sogar verlangsamt zugenommen. Der Abstand gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat hat sich aber weiter vergrößert; er betrug 66 000 Personen, bei einer Gesamtzahl von 865 000 Arbeitslosen. Allerdings ist es möglich, daß sich Arbeitnehmer, denen für die Zeit nach dem Sommerurlaub bzw. nach den Werksferien gekündigt worden ist, erst nach ihrer Rückkehr aus dem Urlaub als arbeitslos melden werden, so daß eine beschleunigte Zunahme der Arbeitslosigkeit im September nicht unwahrscheinlich ist.

Die Preisentwicklung wird, wie am Beginn einer konjunkturellen Abschwungsphase nicht ungewöhnlich, von divergierenden Tendenzen gekennzeichnet. In einigen Bereichen hat die unter dem Einfluß einer restriktiven Geldpolitik verschärfte Konkurrenz bei Produzenten und Handel schon zu einer Abflachung des Steigerungstempos geführt; in anderen Bereichen hat sich dagegen der Preisauftrieb sogar noch beschleunigt. Abgesehen von den Nahrungsmittelpreisen, bei denen die Beschleunigung auf einen kräftigen Anstieg bei Saisonwaren zurückzuführen ist, war dies insbesondere bei Investitionsgütern sowie — im Bereich der Verbraucherpreise — bei Dienstleistungen und Reparaturen der Fall, Bereiche, bei denen auch die Nachfrage relativ stabil geblieben ist. Zum Teil dürfte für die Verstärkung des Preisanstiegs auch der wachsende Druck der Lohnstückkosten in den letzten Monaten eine Rolle gespielt haben. Im verarbeitenden Gewerbe lagen diese z. B. im zweiten Quartal um fast 9 vH über dem Niveau der entsprechenden Vorjahreszeit. Zwar war dieser steile Anstieg auch Kalendereinflüssen zuzuschreiben und somit nur vorübergehend; außerdem ist der cost-push im verarbeitenden Gewerbe, anders als in den meisten anderen Sektoren, durch die konjunkturbedingt sinkende Arbeitsproduktivität noch verschärft worden. Dennoch dürfte er häufig auslösender Faktor verstärkter Preisanhebungen gewesen sein.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen verhalten sich in dieser Situation abgleitender wirtschaftlicher Aktivität abwartend. Eine Rolle für dieses Abwarten spielt sicherlich, daß es kein durchschlagendes Rezept gibt, mit denen die noch bevorstehenden Produktions- und Beschäftigungseinbußen verhindert werden könnten. Dazu ist der wirtschaftspolitische Manövrierraum schon ökonomisch wegen der zum Teil verstärkten Preissteigerungen sowie der wachsenden Finanzierungsdefizite des Staates bei anhaltend hohen Leistungsbilanzdefiziten zu begrenzt.

Das Hochspielen des Problems der Staatsverschuldung und der Geldentwertung im Laufe des Wahlkampfes bis hin zur völlig abwegigen Vision einer Währungsreform tragen indes dazu bei, daß auch der verbliebene Spielraum ungenutzt bleibt. Dem Postulat der Verstetigung wird weder von der Geld- noch von der Finanzpolitik entsprochen. Die Expansion der Zentralbankgeldmenge ist zuletzt nach unten aus dem Zielkorridor der Bundesbank ausgeschert. Dabei paßt der neuerliche Zinsanstieg am Kapitalmarkt, der mit dieser Entwicklung zusammenhängt, keinesfalls in die konjunkturelle Landschaft. Drohen doch vor allem die insbesondere 1979 erzielten beschäftigungspolitischen Erfolge schon in kurzer Zeit wieder verlorenzugehen. Dies zeigen die folgenden Daten: Die Zahl der Arbeitslosen ist im Jahresdurchschnitt 1979 gegenüber 1978 um etwa 120 000 gesunken; von Januar bis August ist sie saisonbereinigt wieder um rund 100 000 angestiegen. Im Jahresdurchschnitt 1980 wird sie wegen der noch niedrigen Zahlen im ersten Quartal zwar nur um etwa 50 000 gegenüber der Durchschnittszahl 1979 zunehmen, am Jahresende aber erheblich größer sein, als ein Jahr zuvor.

Soweit diese Entwicklung bestimmt wird durch den Zwang zur Anpassung der Wirtschaft und privaten Haushalte an die veränderte Energiepreissituation, ist an ihr kurzfristig wenig zu ändern. Sie durch restriktive Wirtschaftspolitik noch zu verschärfen, wirkt diesen Bestrebungen jedoch entgegen. Das außenwirtschaftliche Ziel einer Einschränkung der Leistungsbilanzdefizite und der dafür erforderlichen Umstrukturierung des Angebots wird kaum dadurch erreicht, daß mit Hilfe der Nachfragedrosselung zunächst Produktionskapazitäten und Arbeitskräfte freigesetzt werden. Der strukturelle Anpassungsprozeß würde — im Gegenteil — bei einem günstigen wirtschaftlichen Klima, das die Unternehmen zum Investieren ermutigt, rascher vorankommen. Momentan kann die Geldpolitik diesen Erfordernissen am schnellsten entsprechen. Die soeben beschlossene Senkung des Lombardsatzes von 9,5 % auf 9 % kann nur als ein erster Schritt in diese Richtung gewertet werden.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.

Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.

Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.

Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR** — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.

Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.

Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.

Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.

Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.

Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.

Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.

Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.

Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.

Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.

Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.

Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.

Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.

Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.

Nr. 130 **Industrielle Stukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.

Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Zur Wirtschaftslage: Westliche Industrieländer: Zögernde wirtschaftspolitische Umorientierung bei rasch steigender Arbeitslosigkeit. Bearbeitet von Joachim Volz. — *Bundesrepublik Deutschland: Fortsetzung der konjunkturellen Abschwächung.* Bearbeitet von Horst Seidler. —

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.
Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.